

Neujahrsempfang der Arbeitskreise I und II der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

11. Januar 2019, Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin

Rede des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello

Es gilt das gesprochene Wort!

Mit diesem Neujahrsempfang wurde eine kleine, aber feine Tradition begründet. Mein großer Dank geht an die Bundesstiftung Aufarbeitung, die zum wiederholten Mal den Raum zur Verfügung stellt.

Es ist ja jetzt die Zeit der Neujahrsempfänge. Aber dieser ist etwas Besonderes. Nämlich einer der wenigen Anlässe, welcher die Arbeitskreise I und II der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten zusammenführt.

Man sieht sich arbeitskreisübergreifend heute – zum Neujahrsempfang – und dann noch einmal später im Jahr zu einem Bildungsforum. Das ist gut, kann aber mehr sein. Und weil man zum Jahresbeginn auch gute Vorsätze fasst, meine ich: Wir sollten künftig einen engeren Austausch pflegen.

Ich glaube, wir können viel voneinander lernen. Wenn ich aus der Sicht der Aufarbeitung der SED-Diktatur spreche, dann sehe ich für die Zukunft ähnliche Herausforderungen wie jene, die die Gedenkeinrichtungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft schon seit längerer Zeit meistern müssen. Der zeitliche Abstand wächst. Und auch für wichtige Ereignisse der Nachkriegsgeschichte gilt bereits: Die Zeitzeugen werden immer weniger.

Selbst der Mauerfall liegt fast 30 Jahre zurück. Erinnerungen verblassen, immer größer wird die Zahl der Menschen in unserem Land, die die SED-Diktatur nicht selbst miterlebt haben. In Berlin leben rund 1,7 Millionen Menschen, die jünger als 40 Jahre sind.

Das bedeutet: Wir müssen immer wieder neu darüber nachdenken, wie wir die Diktaturerfahrung und die Selbstbefreiung durch die Friedliche Revolution vermitteln.

Unter diesen Bedingungen das Gedenken und die Aufklärung lebendig zu erhalten, ist eine Aufgabe, mit der die Gedenkeinrichtungen der NS-Herrschaft schon länger stark beschäftigt sind. Ein engerer Austausch ist also sehr sinnvoll.

Dass beide Arbeitskreise künftig noch enger zusammenarbeiten sollten, liegt auch in der Natur der Sache. Und das ist die Geschichte selbst.

So hält das vor uns liegende Jahr zwei große Gedenkanlässe bereit, die separate Betrachtung verdienen, aber doch historisch miteinander verbunden sind. Beide bestimmen unsere politische Gegenwart bis heute: Ich meine den vor 80 Jahren geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt und die dramatischen Ereignisse des Herbstes 1989.

Die Aufteilung Mittel- und Osteuropas zwischen Berlin und Moskau durch das geheime Zusatzprotokoll und den Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag hat Fakten geschaffen, die bis heute nachwirken. Die baltischen Staaten gerieten so bereits 1940 unter sowjetische Herrschaft. Und nach 1945 währte die Freude über die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bei den Menschen in Mittel- und Osteuropa nur kurz. Denn die neue Realität war die kommunistische Diktatur unter der Vorherrschaft Moskaus.

Die Selbstbefreiung ab 1989 brachte für diese Länder nicht nur Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie, sondern auch ein nationales Erwachen nach Jahrzehnten kommunistischer Unterdrückung.

Wenn wir Länder wie die Ukraine, die baltischen Staaten, Ungarn, Polen oder die Slowakei verstehen wollen, dann müssen wir die schmerzhafteste Erfahrung jahrzehntelanger kommunistischer Diktatur und Fremdherrschaft in Erinnerung rufen, die sich gegen beides richtete: Gegen die Nation und gegen die Freiheit.

Je schmerzhafter historische Zäsuren in der kollektiven Erinnerung wahrgenommen wurden, desto wirkungsmächtiger sind sie in der Gegenwart. Das gilt auch für die SED-Diktatur und ihre Überwindung, die ebenfalls im Zentrum dieses Gedenkjahres liegen.

Zweimal haben wir in Berlin den Mauerfall groß gefeiert: 2009 und 2014 – jeder erinnert sich an diese spektakulär inszenierten Gedenkjahre.

Aber wir alle, die wir mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigt sind, fragen auch nach der gedenkpolitischen Substanz. Und da hat 2009 einen Durchbruch gebracht: Seither werden die Ereignisse von 1989 als das wahrgenommen, was sie sind: eine Revolution.

Das zeigt, welche enorme Wirkung solche Gedenkanlässe entfalten können.

Und auch in diesem Jahr müssen wir den Herbst 1989 und seine Vorgeschichte wieder genau befragen, um deutlich zu machen, was es bedeutete, in einer kommunistischen Diktatur zu leben. Und beispielsweise zeigen, dass das verbreitete Klischee – hier die Angepassten des Systems, dort die Widerständler – nicht der Wirklichkeit entspricht. Anpassung und Widerspruch ließen sich eben nicht immer feinsäuberlich trennen, sondern konnten Facetten ein und derselben Person sein.

Wenn man dieser Frage nachgeht, kann man besser erklären, warum bei den Scheinwahlen im Mai '89 trotz aller Unzufriedenheit noch so viele Menschen für das Regime stimmten, in der Folgezeit jedoch immer mehr Menschen ihre Angst überwandten, auf die Straße gingen und wenige Monate später die SED-Herrschaft abschafften.

In diesem Zusammenhang muss auch gezeigt werden, wie es geschehen konnte, dass einige Hunderttausende das SED-Regime zu Fall bringen konnten. Ihre Zahl wuchs zwar von Demonstration zu Demonstration, doch die weit überwiegende Mehrheit der 17 Millionen DDR-Bewohner war im Herbst '89 zu Hause geblieben.

Vergessen werden darf auch nicht, dass die Revolution mit dem Mauerfall nicht zu Ende war. Sondern, dass sich ein sehr mühevolleres und umkämpftes Ringen um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und um den Umgang mit der SED-Diktatur anschloss.

Die Zeit vom Mauerfall bis zur Volkskammerwahl wird oft marginalisiert. Doch sie enthielt alles entscheidende Weichenstellungen: Den Machtkampf gegen die SED-Herrschaft und die Gestaltung des Übergangs in eine demokratische DDR. Die Besetzung der Stasi-Dienststellen markierte den Beginn des Kampfes um die Deutungshoheit über die SED-

Diktatur. Damals begannen oft sehr emotionale Debatten, die bis heute nicht abgeschlossen sind.

Vielleicht können wir nicht aus der Geschichte lernen. Aber der Blick auf die Zäsur von 1989/90 kann uns helfen, unsere manchmal verwirrende und verunsichernde Gegenwart besser zu verstehen. Vor allem, dass die Gestaltung einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft grundsätzlich immer mühsam ist.

Und es muss noch viel getan werden, damit mehr Menschen in unserem Land in der Lage sind, Freiheit von Unfreiheit zu unterscheiden und nicht jenen auf den Leim gehen, die die Freiheitsrevolution für politische Debatten missbrauchen.

Denn für viele, die unter der SED-Diktatur gelitten haben, ist es unerträglich, wenn sich heute Einzelne, Gruppen oder Parteien im Meinungsstreit als Opfer diktatorischer Verhältnisse stilisieren. Oder wenn mit der pauschalen Forderung, die Lebensleistung von Ostdeutschen endlich anzuerkennen, eigentlich beabsichtigt ist, eine kritische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur zu hintertreiben.

Und wenn ich daran denke, dass nicht selten dieselben Kräfte das Gedenken des nationalsozialistischen Völkermords revidieren und marginalisieren wollen, dann liegt auch in dieser Volte eine geradezu zwingende Aufforderung, dass unsere beiden Arbeitskreise künftig enger zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, vor uns liegt ein sehr spannendes, vielfältiges und ereignisreiches Gedenkjahr. Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass wir es gemeinsam erfolgreich gestalten.